



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für die neuen Bundesländer



Deutsches  
Jugendinstitut

# Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen

Die zentralen Ergebnisse der Befragung der Jugendlichen und die daraus  
abgeleiteten Handlungsempfehlungen der Studie

Sarah Beierle  
Frank Tillmann

Oktober 2015





# 1 Das Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“

„Aufwachsen auf dem Land“ – Für viele klingt das nach Idylle, nach Weite und Natur. Andere denken an Krise, an „ausgeblutete“ Orte und Perspektivlosigkeit. Zwischen diesen zwei Polen bewegt sich die Diskussion über ländliche strukturschwache Regionen. Selten wird dabei jedoch deren Bevölkerung zu ihren Lebensrealitäten befragt und noch seltener wird die Gruppe der dort aufwachsenden Jugendlichen in den Blick genommen. Dabei liegt die Bedeutsamkeit von jungen Menschen für die Vitalität einer Region auf der Hand. So scheinen junge Menschen hinsichtlich der Frage, inwieweit sie für sich eine Zukunft im ländlichen Raum sehen, durch Abwanderung eine Abstimmung mit den Füßen durchzuführen, mit weit reichenden Konsequenzen für die demografische Entwicklung in den betroffenen Regionen.

Wie wirken sich diese Entwicklungen auf das Aufwachsen von Jugendlichen in jenen Regionen aus, die in besonderer Weise von der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung betroffen sind? Werden deren Belange (noch) angemessen berücksichtigt und wenn ja, wie?

Das von der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer geförderte Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ zielt darauf ab, mögliche jugendpolitische Handlungsansätze im Umgang mit den demografischen Herausforderungen im ländlichen Raum zu beschreiben.

Im Rahmen des Projekts wurde analysiert, wie ausgewählte strukturschwache Landkreise<sup>1</sup> mit einem geringen Bevölkerungsanteil junger Menschen strategisch damit umgehen und was dies für die Jugendlichen selbst und ihr Aufwachsen bedeutet. In fünf ostdeutschen<sup>2</sup> und drei westdeutschen<sup>3</sup> Untersuchungslandkreisen wurden Dokumente, die sich mit Jugend und Politik bzw. mit Jugend und dem demografischen Wandel beschäftigen, analysiert und verschiedene Entscheidungsträger/innen aus den Bereichen Verwaltung, Schule, Regionalplanung, Jugendvertretung und Zivilgesellschaft zur jugendpolitischen Situation in den Landkreisen in leitfadengestützten Interviews befragt. Die Perspektive der Jugendlichen wurde im Rahmen von Gruppendiskussionen in den acht Untersuchungsregionen erhoben.

Projektbegleitend fanden vier Veranstaltungen mit jugendpolitischen Akteuren der Kreis-, Landes- und Bundesebene statt, in denen die Zwischenergebnisse vorgestellt und diskutiert wurden. Hierdurch wurden diskursive Lernprozesse angeregt, in denen die teilnehmenden Vertreter/innen gemeinsam an handhabbaren Ideen für eine „jugendgerechte Demografiepolitik“ gearbeitet haben. Damit liefert das Projekt empirische und handlungsorientierte Hinweise für die „Demografiestrategie des Bundes“<sup>4</sup> sowie für die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

---

<sup>1</sup> Landkreise mit einer geringen Bevölkerungsdichte und einer Lage fernab von wirtschaftlich starken Zentren

<sup>2</sup> Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt), Prignitz (Brandenburg), Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern), Kyffhäuserkreis (Thüringen) Vogtlandkreis (Sachsen)

<sup>3</sup> Birkenfeld (Rheinland-Pfalz), Werra-Meißner-Kreis (Hessen), Wunsiedel (Bayern)

<sup>4</sup> Informationen zur Demografiestrategie der Bundesregierung

[http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/_node.html)

2015-2018 und der darunter gefassten „Eigenständigen Jugendpolitik“<sup>5</sup> des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Einigkeit bestand dabei darin, dass hierunter eine Politik zu verstehen ist, die es Jugendlichen ermöglicht, sich zu gegebener Zeit ohne Exklusionsbefürchtungen dafür entscheiden zu können, ob sie in einer Region bleiben, diese verlassen oder ggf. in diese zurückkehren wollen.

## **2 Die zentralen Ergebnisse und Empfehlungen der Studie**

Nachfolgend sind die zentralen Ergebnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen aufgeführt. Den Ausgangspunkt hierfür stellt die durch die Gruppendiskussionen ermittelte Perspektive der Jugendlichen dar, welche durch Hinweise und Einschätzungen von jugendpolitischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern der Untersuchungsregionen ergänzt werden konnten. Zudem wurden die in den o.g. projektbegleitenden Workshops entstandenen Handlungsideen für das vorliegende Papier systematisiert und verdichtet.

Trotz oder gerade wegen der Tatsache, dass Jugendpolitik in verschiedene Zuständigkeitsbereiche und auf unterschiedlichen administrativen Ebenen angesiedelt ist, sind die Empfehlungen nicht nach Adressaten differenziert. Dies basiert auf der Grundannahme, dass die demografisch bedingten Herausforderungen nur bewältigt werden können, wenn die entsprechenden Entscheidungen bereichsübergreifend bzw. in Abstimmung der verschiedenen Zuständigkeitsbereiche getroffen werden.

### **Handlungsfelder**

Die nachfolgend dargestellten Handlungsfelder (siehe Abbildung 1) wurden aus den Aussagen der Jugendlichen abgeleitet. Es sind die Themen, die am intensivsten über die verschiedenen Gruppendiskussionen hinweg als wichtige Teilhabeaspekte angesprochen wurden:

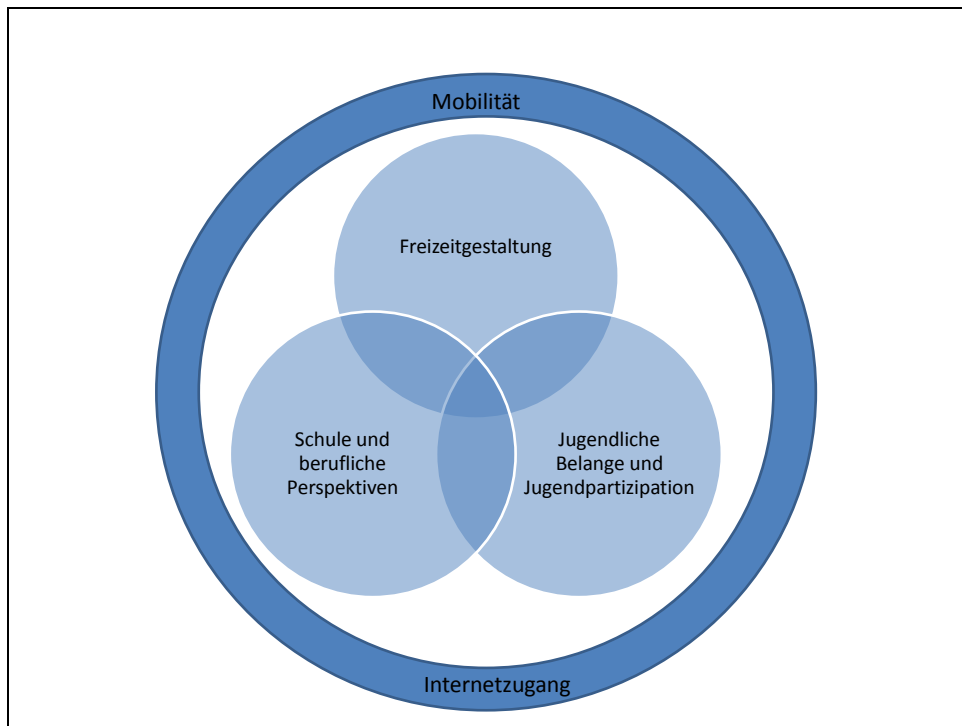
- Freizeitgestaltung
- Jugendliche Belange und Jugendpartizipation
- Schule und berufliche Perspektiven

Mobilität und die Erreichbarkeit von Orten und Einrichtungen aber auch der Internetzugang (Breitbandversorgung, schnelles mobiles Internet) stellten sich dabei als Querschnittsthemen heraus, welche in jedem Handlungsfeld von hoher Relevanz waren.

---

<sup>5</sup> Informationen zur Eigenständigen Jugendpolitik <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/eigenstaendige-jugendpolitik.html>

**Abbildung 1: Handlungsfelder aus Sicht der Jugendlichen**



## 2.1 Handlungsfeld „Freizeitgestaltung“

Das Jugendalter gilt als eine Lebensphase, in der die Entwicklung und der Erwerb von Handlungskompetenzen, die Herausbildung von Identität und die Befähigung zur Teilhabe am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben im Mittelpunkt stehen. Dabei stellen gerade Treff- bzw. Freizeitmöglichkeiten als Orte freiwilliger jugendlicher Gesellung wichtige Gelegenheitsstrukturen, im Sinne von Lern-, Erfahrungs- und Experimentierräumen, bereit, in denen sich junge Menschen mit Gleichaltrigen oder Peers austauschen und auseinandersetzen können. Der Erwerb von Normen und Verhaltensweisen erfolgt dabei zunehmend im Freundes- und Bekanntenkreis und außerhalb des Elternhauses.

Jugendliche in ländlichen Räumen fühlen sich beim Zugang zu Freizeitmöglichkeiten gegenüber Jugendlichen im städtischen Raum aber auch gegenüber anderen ländlichen Bevölkerungsgruppen deutlich benachteiligt.

### *Angebotslandschaft*

Lange Fahrzeiten zu Bildungsorten sowie der Besuch von Ganztagschulen führen für viele Jugendliche in ländlichen Räumen zu stark verdichteten Tagesabläufen. Die Öffnungszeiten der professionell betreuten Freizeitangebote für Jugendliche, wie z.B. Jugendzentren, korrespondieren in den von uns untersuchten Regionen oftmals nicht mit den frei gestaltbaren Zeiten der Jugendlichen – die Folge sind geringe Nutzerzahlen. Zugleich werden viele Angebote von den Jugendlichen als uninteressant eingeschätzt. Um der

geringen Auslastung entgegenzuwirken, richten sich Jugendeinrichtungen auf jüngere oder spezifische Zielgruppen aus. So schließen die Angebote vermehrt die Betreuungslücke für Kinder, die sich zwischen Schulschluss und Arbeitsende der Eltern ergibt. Auch werden die Angebote durch das Einwerben von zusätzlichen Projektmitteln über spezifische Programme (z.B. ESF-Mittel) abgesichert, was eine Beschränkung auf bestimmte Zielgruppen – etwa nur bildungsbenachteiligte Jugendliche – mit sich bringt. Das führt dazu, dass es weniger Angebote im ländlichen Raum gibt, die allen Jugendlichen offenstehen.

Die Jugendlichen finden zudem nur ein sehr eingeschränktes Repertoire an Vereinen oder Verbänden zur Freizeitbetätigung vor. Gerade kulturelle und musische Angebote sind für viele Jugendliche in den Untersuchungsregionen kaum erreichbar. Im Sportbereich macht sich zudem mancherorts ein Konkurrenzkampf um Jugend als „knappes Gut“ bemerkbar. Hier gewinnen die Vereine mit vergleichsweise guten Verkehrsanbindungen bzw. diejenigen, die Jugendlichen – etwa in den Jugend-Ligen – finanzielle Anreize bieten können.

Die für Jugendliche interessanten kommerziellen Angebote wie beispielsweise Kinos oder Bowlingbahnen haben sich meist aus der Fläche zurückgezogen. Zugleich richten sich die verbleibenden Einrichtungen verstärkt an den Bedürfnissen der alternden Gesellschaft aus. Somit finden die Jugendlichen in ihrem sozialen Nahraum kaum die Orte, an denen sie sich jenseits von institutionellen Strukturen treffen und austauschen können. Sind Räume vorhanden, so wird ein aus der demografischen Entwicklung resultierendes Dilemma deutlich: Für viele Jugendliche wird ein Angebot erst ab einer hinreichend großen Anzahl von Peers interessant. Aufgrund der Abwanderungsbewegungen findet sich diese Anzahl jedoch nicht mehr so ohne Weiteres an den von ihnen erreichbaren Orten zusammen.

#### *Erreichbarkeit von Angeboten*

Insgesamt ist das Erreichen von Vereinen, Freizeitorten oder Jugendzentren für Jugendliche, gerade wenn sie nicht mehr über ein Schülerticket verfügen oder deren Freizeitraum außerhalb der Tarifzone liegt, mit hohen Mobilitätskosten verbunden. Durch die Kopplung des öffentlichen Nahverkehrs mit dem Schülertransport verkehrt der letzte Bus vielerorts unmittelbar nach Schulschluss, so dass die Freizeit nicht mehr zusammen mit Freunden am Schulort verbracht werden kann. Zudem korrespondieren die Fahr- und die Unterrichtszeiten oftmals nicht, so dass Leerlaufzeiten entstehen, die nicht sinnvoll genutzt werden können, da Schulgelände vielerorts unmittelbar nach Schulschluss verschlossen werden bzw. keine attraktiven Warteräume bereitgestellt werden.

Virtuelle Treff- und Freizeiträume, wie facebook oder WhatsApp haben für die Jugendlichen eine ebenso hohe Bedeutung wie für die städtische Jugend. Zwar ist es in den vergangenen Jahren zu deutlichen Verbesserungen in der Internet-Breitbandversorgung gekommen, das schnelle mobile Internet (LTE) war in unseren Untersuchungsregionen bisher meist (noch) nicht verfügbar und ist mit hohen Kosten verbunden. Dies bedeutet, dass viele Jugendliche, um Up-to-Date zu bleiben und um mit ihren Peergroups in Verbindung zu bleiben, an das Elternhaus und die dort vorhandene WLAN-Verbindung gebunden sind. Jugendliche, die auch im Elternhaus keinen Zugang zum

Internet haben, sind von Onlinekommunikation aber auch von der Nutzung des Internets als Informationsquelle abgeschnitten.

### *Bewältigungsressourcen der Jugendlichen*

Die Benachteiligungen ländlicher gegenüber städtischen Räumen beim Zugang zu Freizeitangeboten werden nicht von allen befragten Jugendlichen als gleichermaßen gravierend eingeschätzt. Jugendliche, die über einen großen Freundeskreis verfügen und sich auf die Unterstützung durch ihr Elternhaus verlassen können, überwinden die Hürden der Erreichbarkeit deutlich besser: Sie erwerben frühzeitig einen Mofa- und Autoführerschein, lassen sich zu Freizeitorten fahren oder abholen, übernachten bei Freunden oder fahren ggf. mit dem Taxi. Ihr Radius der Freizeitgestaltung ist deutlich größer. Zudem kennen sie die Angebotslandschaft besser und wissen diese für sich zu nutzen.

Bei Jugendlichen, die die erwünschten Freizeitangebote nicht erreichen, drückt sich die Benachteiligung oftmals in einer relativen Deprivation gegenüber anderen Gruppen aus: Die Jugendlichen sehen sich gegenüber Migranten, Älteren oder auch finanziell besser gestellten Jugendlichen benachteiligt und haben zugleich den Eindruck, wenig daran ändern zu können.

Bei Jugendlichen, die sich besonders gegenüber Kindern und Erwachsenen benachteiligt fühlen, traten diese intergenerationellen Interessengegensätze bei der Thematisierung von Flüchtlingen in den Hintergrund. Einzelne Jugendliche argumentierten, dass das Wohl und die Angebote für Kinder und Senioren bestärkt werden sollten, und das Geld nicht für Asylbewerberunterbringungen ausgegeben werden sollte. Dieser plötzliche Wechsel hin zur Vertretung von Kinder- und Senioreninteressen könnte möglicherweise damit zusammenhängen, dass die Jugendlichen eine ablehnende Haltung ihres Umfeldes (z.B. des Elternhauses) gegenüber Asylsuchenden verinnerlicht haben, und diese wortgetreu weitertransportieren.

## **Handlungsempfehlungen „Freizeitgestaltung“**

**Kostenfreier Breitband-Internet-HotSpot in jedem Dorf und jedem Schulbus** – Eine solche Infrastruktur, wie sie z.B. von freifunk.net<sup>6</sup> oder dem Modellprojekt „Jugend ans Netz“ anvisiert wird, würde den nicht-kommerziellen Zugang zu medialen Inhalten von Jugendlichen sowie deren Teilhabe an alterstypischen Kommunikationsbeziehungen in sozialen Netzwerken enorm verbessern. WLAN in den Schulbussen könnte außerdem zur Ausgestaltung von Fahrzeiten beitragen und dem Bedürfnis nach (Online)-Kommunikation entgegenkommen.

**Stärkung der nichtmotorisierten Individualmobilität** – Gerade für Jugendliche aus ländlichen Räumen ist die Infrastruktur mit sicheren Radwegen in das nächste Unterzentrum oder Mittelzentrum, das meist der Schulort ist, entscheidend, um unabhängiger von Fahrdienstleistungen der Eltern und vom meist ausgedünnten ÖPNV zu werden. Von einem ausgebauten Radwegenetz sowie sicheren und witterungsgeschützten Abstellplätzen würden insbesondere Minderjährige profitieren.

---

<sup>6</sup> „Freifunk“ ist eine nichtkommerzielle Initiative, die sich dem Aufbau und Betrieb eines freien Funknetzes, das aus selbstverwalteten lokalen Computernetzwerken besteht, widmet. <http://freifunk.net/>

**Mobilitätsprogramm für Vereine im ländlichen Raum** – Vereine für Kinder und Jugendliche brauchen eine finanzielle Entlastung, damit sie ihren Mitgliedern Fahrdienste anbieten können. Aus bereitgestellten Fördertöpfen könnten periphere Vereine und Verbände finanzielle Mittel beantragen.

**Kombination aus Komm- und Geh-Strukturen, Etablierung/Revitalisierung mobiler Angebote der Jugendarbeit** – Auf Grund des geringen Zeitbudgets der Jugendlichen bedarf es Freizeitangebote, die vor Ort und wohnortnah schnell zu erreichen sind. Gerade am Wochenende sollte jedoch auch der Zugang zu zentralen Jugendeinrichtungen gefördert werden, an denen die Jugendlichen eine hinreichend große Zahl Peers antreffen können. Hierzu müssten die Öffnungszeiten der Einrichtungen deutlich erweitert werden und durch die Abstimmung mit dem ÖPNV-Erreichbarkeiten abgesichert werden.

**Vorhandene Räumlichkeiten und Ressourcen teilen** – Schulen als zentraler Aufenthaltsort der Jugendlichen sollten sich stärker für die Bedürfnissen der Jugendlichen öffnen und sich vom Lernort zum Lebensort wandeln. Dies könnte dadurch erreicht werden, dass Schulgelände frei zugänglich gemacht werden und Aufenthalts- und Warteräume für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden. Auch Räumlichkeiten von Kirchen, Vereinen sowie kommunalen Gebäuden sollten für Jugendliche geöffnet und für die selbstorganisierte Freizeitgestaltung von jungen Menschen bereitgestellt werden.

**Intensivierung der interkulturellen Jugendarbeit** – die sowohl die Belange von Jugendlichen, die aus den Regionen stammen, als auch die Belange von jungen Flüchtlingen berücksichtigt. Dabei ist darauf zu achten, dass die beiden Gruppierungen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um dies zu verhindern, bedarf es sowohl zielgruppenspezifischer, als auch gemeinsamer Angebote.

### **Good-Practice „Freizeitgestaltung“**

„Jugend vor Ort im Netz“ ist ein über den Innovationsfond des Kinder- und Jugendplan gefördertes Modellprojekt, welches im Kreis Meißen mit der Schaffung von Hotspots an Jugendclubs einen Beitrag zur Vernetzung Jugendlicher im ländlichen Raum beitragen will.

<http://www.morast.de/jugend-vor-ort-im-netz>

## **2.2 Handlungsfeld “Jugendliche Belange und Jugendpartizipation“**

Themen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, mitzugestalten und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, ist ein Prozess, der durch Erleben erfahren und erlernt werden kann. Hierdurch erleben die Jugendlichen ihre Lebenswelt als gestaltbar. Sie können Ohnmachtsgefühle überwinden und somit ihre Lebensqualität eigenständig erhöhen. Die mitgestaltende Teilhabe Jugendlicher an öffentlichen Angelegenheiten sorgt



idealerweise dafür, dass sich politische Entscheidungsträger intensiver mit den Positionen von Jugendlichen auseinandersetzen und deren Belange im politischen Entscheidungsprozess eine stärkere Berücksichtigung finden. Im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen, weisen die Interessenvertretungen der nachrückenden Generation gegenüber anderen Akteursgruppen einen Organisations- und Professionalisierungsrückstand auf, der sie in den lokal stattfindenden Aushandlungsprozessen von vornherein erheblich benachteiligt. So verwundert es nicht, dass die Jugendlichen bei der Befragung eine durchweg nüchterne Sicht auf ihre politischen Teilhabemöglichkeiten schilderten.

Die im Zuge des Projekts befragten Jugendlichen aus strukturschwachen ländlichen Räumen fühlen sich mit ihren Belangen kaum in politischen Entscheidungen berücksichtigt.

Demnach gaben die befragten Jugendlichen an, kaum positive Partizipationserfahrungen gesammelt zu haben. Von dem breiten Repertoire der Beteiligungsformen wurden lediglich Erfahrungen mit repräsentativer Beteiligung (Schülervertretung) oder punktueller Beteiligung (Befragung) und vereinzelt alltägliche Erfahrungen (Jugendclub) geschildert. Ihre Erfahrungen bezogen sich dabei am stärksten auf den Bereich Schule und nur selten auf Regionalplanung oder Mitwirkung an der lokalen Politik.

Politische Akteure deuten die oftmals geringen Teilnehmerzahlen von Jugendlichen an etablierten politischen Beteiligungsformen (z.B. Jugendparlamente, Beiräte) als generelles Desinteresse an einer Mitgestaltung fehl. Die Ursachen für Partizipationsabstinenz sind jedoch vielschichtig. So sind diese Formate oftmals sehr abstrakt und werden eher mit „Schule“ als mit Spaß konnotiert. Vielfach nehmen die Jugendlichen diese Formen zudem nicht als tatsächliche Mitbestimmungsgremien wahr, da ihnen die Themen oftmals vorgegeben werden und ein dortiges Engagement oft ohne greifbare Ergebnisse bleibt. Demgegenüber haben sie hohe Partizipationskosten (Fahrtkosten, Zeit), die eine Beteiligung unattraktiv werden lässt.

Zudem kommt das Dilemma hinzu, dass eine Beteiligung an langwierigen Entscheidungsprozessen ihnen selbst meist nicht mehr zugutekommt und somit aus Nutzenerwägungen als irrational erscheinen muss. Von Seiten der Entscheidungsträger liegt demgegenüber bei einer „echten“ Beteiligung von Jugendlichen das Dilemma vor, dass Entscheidungsbefugnisse teils nicht mit Verantwortlichkeit zusammenfallen. So z.B. können Minderjährige, die über den Etat eines Kinder- und Jugendparlaments entscheiden sollen, haushaltsrechtlich nicht für die sachgerechte Verwendung derselben haftbar gemacht werden.

Vielfach wird die anfängliche Partizipationsmotivation von jungen Menschen auch enttäuscht: Hatten Jugendliche bereits Erfahrungen mit Beteiligungsformen gesammelt, so handelte es sich meist um Bedarfsabfragen, verbunden mit Absichtsbekundungen seitens der Politik, die nicht realisiert wurden. Ausbleibende Umsetzungen gingen dann oftmals mit einer Verdrossenheit gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und gegenüber dem eigenen Engagement einher. Die Verdrossenheit und die fehlende Selbstwirksamkeit hängen vermutlich auch damit zusammen, dass vielen Jugendlichen die jeweiligen Steuerungskompetenzen für die

Angebotslandschaft (Schulen, Jugendclubs, Einkaufszentren) nicht klar sind und auch seitens Politikern oder Organisatoren von Beteiligungsformaten nicht transparent gemacht wurden.

## **Handlungsempfehlungen „Jugendliche Belange und Jugendpartizipation“**

**Zivilgesellschaftliche Koordinierungsstelle mit Jugendbeauftragten** – Eine parteiliche Anlaufstelle könnte Jugendliche über die Möglichkeiten von Mitgestaltung und Förderungen informieren und bei der Bewältigung von Formalitäten unterstützen (z.B. bei der Beantragung von Fördergeldern). Diese Aufgabe könnte ein Jugendbeauftragter übernehmen. Der Jugendbeauftragte hätte die Aufgabe, die Jugendlichen bei der Vertretung ihrer Interessen – z.B. mit Blick auf Wissen, Kontakte und finanzielle Mittel – zu stärken und zwischen Jugendlichen und Verwaltung bzw. Politik zu vermitteln.

**Verschiedene jugendgerechte Partizipationsansätze** – Partizipationsprozesse für Jugendliche sollten einen möglichst konkreten Anlass bzw. Gegenstand in den Mittelpunkt stellen, der für die Lebenswelt der jungen Menschen von großer Bedeutung ist. Daher beginnt der Partizipationsprozess im Eigentlichen bereits bei der Ideenfindung. Die Projekte und Ansätze müssen dem Bedürfnis nach Abwechslung, Spontaneität und Originalität Rechnung tragen. Hier bieten sich Formate an, die Beteiligungsverfahren in spielerischer Form umsetzen (Gamification) sowie schnelle und greifbare Erfolgserlebnisse sowie eine reale Machtbeteiligung beinhalten.

**E-Democracy und Abfederung von Partizipationskosten** – In ländlichen Räumen wird eine gelingende Jugendbeteiligung davon abhängen, ob eine erhebliche Reduzierung der bisherigen hohen Partizipationskosten für Jugendliche (Fahrzeiten, Übersetzungsleistungen, Lebensferne) ermöglicht wird. Hierbei könnten Modelle einer e-Democracy und Formate aufsuchender Jugendbeteiligung unterstützen.

**Schülervertretungen stärken** – Die Funktion der Schülervertretung und die Abläufe von Wahlen, die Aufgaben und echten Gestaltungsmöglichkeiten sollten gegenüber Schülerinnen und Schülern aber auch der Lehrerschaft deutlicher artikuliert werden. Darüber hinaus sollte der Generationenwechsel in Schülervertretungsgremien unterstützt werden, etwa indem eine institutionalisierte Begleitung der Schülerratsarbeit – wie in Sachsen-Anhalt<sup>7</sup> – etabliert und durch überlappende Legislaturperioden – die Übergabe der Interessenwahrnehmung an nachfolgende Schülervertreter ermöglicht wird.

**Alltägliche Partizipation** – Um Jugendliche insgesamt mit partizipativen Elementen zu erreichen, ist eine Etablierung von demokratischer Beteiligung in den verschiedensten Alltagsbereichen erforderlich, d.h. auch außerhalb gewählter Gremien und zeitlich dauerhaft in allen sie betreffenden Kontexten. Beispielsweise könnte über die Öffnungszeiten von Jugendfreizeiteinrichtungen, die Terminierung der Schülerbeförderung sowie die Ausgestaltung

---

<sup>7</sup> Projekt Schulleben und Unterricht demokratisch gestalten  
[http://www.sn.schule.de/~sud/methodenkompendium/module/ansatz2/2\\_5.htm](http://www.sn.schule.de/~sud/methodenkompendium/module/ansatz2/2_5.htm)

des schulischen Lebens durch Jugendliche selbst demokratisch entschieden werden. Ferner ist zur Verbesserung gegenseitiger Perspektivübernahme und Sensibilisierung ein kontinuierlicher Dialog zwischen den Generationen und zwischen verschiedenen jugendlichen Interessensgruppen zu pflegen.

### **Good-Practice „Jugendliche Belange und Jugendpartizipation“**

In dem durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ geförderten Modellprojekt „Jugend im Land 3.0“, setzen sich Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer, geografischer und kultureller Herkunft aktiv mit den Problemlagen in ihrem Lebensumfeld auseinander und wirken an Lösungen für ihre Heimatgemeinden mit. Dabei werden Online-Angebote (z.B. Computerspiele wie Minecraft, social Media) als Instrumente gesellschaftlicher Mitbestimmung erprobt. <http://kinderstaerken-ev.de/jugend-im-land-3-0.html>

## **2.3 Handlungsfeld „Schule und berufliche Perspektiven“**

Der erfolgreiche Einstieg ins Erwerbsleben stellt für Jugendliche eine notwendige Voraussetzung für die Herstellung einer eigenständigen materiellen Existenz und einer Verselbstständigung vom Elternhaus dar. In ländlichen Räumen sehen sich Jugendliche an der ersten und zweiten Schwelle des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt unmittelbar mit der Entscheidung konfrontiert, in der Region zu bleiben oder ihren Übergangsweg andernorts fortzusetzen.

Für Jugendliche stellt sich die Entscheidung über ein Bleiben oder Gehen als Abwägungsprozess hinsichtlich der individuellen Bedeutsamkeit der sozialen und kulturellen Angebotslage, der Einschätzung der eigenen Lebensqualität sowie der angenommenen Bildungsperspektiven dar.

### *Schule*

Mobbing, Konflikte mit Lehrkräften und Mitschülerinnen und Mitschülern sowie der Lerndruck waren für die befragten Jugendlichen sehr wichtige Themen, die im Zusammenhang mit Schule und Berufsperspektiven aufkeimten. Zwar lassen sich diese Probleme nicht primär als eine Spezifik von Schülerinnen und Schülern aus ländlichen Räumen ansehen, jedoch macht es deutlich, welche hohe Bedeutsamkeit der Schule als zentralem Ort, an dem die Jugendlichen den Großteil ihrer Tageszeit verbringen, zukommt.

Die demografischen Entwicklungen ihrer Region machen sich in den Augen der Jugendlichen dadurch bemerkbar, dass Schulen durch sinkende Schülerzahlen unter Druck stehen, ihren Schulstandort weiter aufrechterhalten zu können. Zum einen würden insbesondere Gymnasien sportliche oder musische Zweige aufbauen, um ihre Attraktivität im Konkurrenzkampf um Schülerinnen und Schüler zu steigern. Zum anderen würden Schulen sich ohne konzeptionelle oder personelle Veränderungen als Inklusionsschulen öffnen, um ihre Schülerschaft zu vergrößern. Eine Schließung von Grundschulen, welche in einigen der Regionen zum Zeitpunkt der Gruppendiskussionen

anvisiert war, führe aus Sicht der Jugendlichen zu einer starken zeitlichen Belastung der Kinder und Familien. Zudem würden in den Regionen Orte des Zusammentreffens verloren gehen und diese weiter an Attraktivität verlieren und veröden.

### *Berufliche Perspektiven und die Frage des Gehens, Bleibens oder Wiederkehrens*

Maßgeblich für die Entscheidung über ein Gehen oder Bleiben nach der Schulzeit sind die zunächst in Bezug auf die persönlichen Berufspräferenzen lokal wahrgenommenen Ausbildungsperspektiven. Die Chancen vor Ort, eine qualifizierte Ausbildung zu machen, werden jedoch von vielen Jugendlichen deutlich unterschätzt. Dies kann damit begründet werden, dass ihre eigenen Familien von Arbeitswanderung geprägt waren und das negative Image der Region hinsichtlich der beruflichen Perspektiven nachwievor von z.B. Eltern an die Kinder vermittelt wurde.

Die schlechte Bewertung der Bildungschancen in der Region beruht dabei jedoch nicht mehr auf einem generellen Fehlen von Ausbildungsplätzen. Vielmehr werden das niedrigere Gehaltsniveau und die schlechte Erreichbarkeit von Ausbildungsstelle und/oder Berufsschule bemängelt. Zudem werden die Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in der Region als sehr pessimistisch eingeschätzt.

Zudem können die ländlichen Regionen dem stark angestiegenen Anteil Jugendlicher mit Hochschulreife keine weiterführenden Bildungsangebote im Hochschulbereich anbieten. Die duale Ausbildung wird von Abiturientinnen und Abiturienten als Sackgasse gesehen, welche eine weitere berufliche Karriere, ein anschließendes Studium oder Führungspositionen ausschließt. Dies weist darauf hin, dass den Jugendlichen die Möglichkeiten der Meisterausbildung oder einer Studienberechtigung durch Berufserfahrung viel zu wenig bekannt sind. Dem gegenüber werden mit dem Studium deutliche Vorteile verbunden: Mehr Berufsoptionen, ein höheres Einkommen, bessere Karrierechancen. Zudem sehen sich einige der Jugendlichen noch nicht als „reif“ genug für das Erwerbsleben. Sie wollen ihre Studienzeit in Großstädten genießen und sich fernab der Kernfamilie ein eigenständiges Leben aufbauen. Für die Entscheidung über Bleiben, Gehen oder Wiederkommen sind aber nicht einzig der Bildungshintergrund und die beruflichen Perspektiven ausschlaggebend. In der Befragung zeigte sich, dass ein durchaus beachtlicher Anteil Jugendlicher beabsichtigt, in der Region zu bleiben. Aufgrund der infrastrukturellen Gegebenheiten sowie der sozialen und kulturellen Angebote visieren sie aber häufig einen Hinzug zum nächsten Mittelzentrum an. Die Entscheidung zu Bleiben ging mit dem Entschluss einher, hohe Mobilitätskosten (Zeit, Geld) zur Realisierung von Ausbildungen einzugehen oder aber zugunsten der sozialen Eingebundenheit und Heimatverbundenheit auf eine lukrativere Berufsperspektive zu verzichten.

### **Handlungsempfehlungen „Schule und berufliche Perspektiven“**

**Bildungsberatung als Anlaufstellen für Jugendliche und junge Erwachsene** – Diese Anlaufstellen sollten Jugendliche mit Bleibeabsichten oder jungen rückkehrwilligen Menschen hinsichtlich der Angebotslage im Landkreis informieren und ihnen transparent machen, welche Ausbildungs- und Arbeitsoptionen vor Ort bestehen. Eine Informationsplattform für junge Familien wurde beispielsweise durch das Welcome Center Sachsen-Anhalt

realisiert<sup>8</sup>. Die Beratung sollte z.T. auch mobil agieren können. Darüber hinaus sollten Informationen für Jugendliche und junge Erwachsene auf einem Online-Portal (wie es in Ansätzen bereits im Werra-Meißner-Kreis existiert<sup>9</sup>) zugänglich sein. Um ausreichend große Nutzerzahlen erreichen zu können, muss dieses Netzwerk aktuell und die Betreuung des Online-Angebots langfristig gesichert sein. Um die Nutzungshäufigkeit und Bekanntheit der Portale zu erhöhen, sollten darüber hinaus auch Informationen zur Freizeitgestaltung bereitgestellt werden.

**Lebensweltnahe Berufsorientierung** – Durch die Berufsorientierung könnten die Jugendlichen möglichst gut über die lokale Betriebs- und Unternehmenslandschaft informiert werden. Peer-Mentoren könnten über Ausbildungsberufe und mögliche Weiterqualifizierungen direkt an Schulen aufklären. Zudem sollten die Eltern als wichtigster Ansprechpartner der Jugendlichen in Fragen der beruflichen Orientierung stärker in die Berufsorientierung eingebunden werden.

**Steigerung der Attraktivität dualer Ausbildungsberufe** in Hinblick auf Erreichbarkeit, Entlohnung und Entwicklungsmöglichkeiten. Der Zusammenschluss von Kleinstbetrieben zu Ausbildungsverbänden würde dazu beitragen, den Auszubildenden ein breiteres Repertoire an Praxisfeldern bereitzustellen. Zudem könnten die Ausbildungsverbände einen gemeinsamen Fahrservice bereitstellen. Um die hohen Mobilitätskosten für die Jugendlichen auszugleichen, könnte alternativ auch eine attraktivere Entlohnung gewährt werden oder eine Mobilitätszulage für besonders kostenintensive Anfahrtswege gezahlt werden.

**Tertiäre Bildungsangebote für Hochschulzugangsberechtigte ansiedeln bzw. sichern** – Die Bereitstellung von tertiären Bildungsangeboten könnte durch die Errichtung von Außenstellen von Hochschulen erfolgen. Zudem sollten sich Hochschulen untereinander vernetzen und Lehrveranstaltungen, nach Vorbild der „Virtuellen Akademie Nachhaltigkeit“, auch online anbieten. Darüber hinaus könnten Hochschulen durch die Zusammenarbeit mit kleinen und mittelständischen Unternehmen die Bildungslandschaft einer Region im Ganzen stärken. Um bleibeorientierten Jugendlichen ihre beruflichen Perspektiven vor Ort aufzuzeigen, könnten beispielsweise Abschlussarbeiten und damit verknüpfte Absolventenstipendien bei Unternehmen in ländlichen Räumen vermittelt werden.

#### **Best-Practice „Schule und berufliche Perspektiven“**

Die „Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit“ stellt videobasierte Hochschulvorlesungen bereit. Das Angebot kann von allen deutschsprachigen Hochschulen und Lehrenden sowie Studierenden und Interessierten kostenfrei genutzt werden. <http://www.va-bne.de/>

<sup>8</sup> Welcome Center Sachsen-Anhalt: <http://www.welcomecenter-sachsen-anhalt.de/home.html>

<sup>9</sup> Jugendnetz der Jugendförderung Werra-Meißner-Kreis: [http://www.jugendnetz-wmk.de/startseite/?no\\_cache=1](http://www.jugendnetz-wmk.de/startseite/?no_cache=1)

### 3 Ausblick

Neben den dargestellten Sichtweisen der Jugendlichen und den sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen zeigen Ergebnisse der Interviews mit Expertinnen und Experten aus den einbezogenen acht Landkreisen, dass jegliche jugendbezogenen Thematiken bevorzugt dem Jugendamt zugeordnet werden. Dabei ist es angesichts der verschiedenen Ressorts, die mit Angelegenheiten von Jugendlichen bzw. den Auswirkungen des demografischen Wandels befasst sind, unabdingbar, ihren Belangen querschnittlich Rechnung zu tragen und die jugendbezogene intersektorale Zusammenarbeit zu intensivieren. So sind nicht nur in der Jugendhilfe und Schulentwicklung die Interessen und Partizipationsbedürfnisse Jugendlicher zu berücksichtigen, sondern auch beispielsweise in den Handlungsfeldern der Raumplanung und -entwicklung, der Wirtschaftsförderung und des Kulturbereichs. Demnach muss es das Ziel sein, eine integrierte jugendgerechte Demografiestrategie zu erarbeiten.

Dafür ist eine Abfolge aufeinander aufbauender Umsetzungsschritte geboten. Zunächst sollte ein Reflexionsprozess angestoßen werden, der eine aktuelle datengestützte Bestandsanalyse in der Region zur demografischen Situation sowie zur Lebenswirklichkeit und Beteiligungspraxis Jugendlicher vornimmt. Hierbei sind auch Formen der Fortschreibung solcher Bestandsanalysen zu institutionalisieren, um den sich verändernden Rahmenbedingungen gerecht zu werden. In einem nächsten Schritt sollte ein Zielfindungsprozess eingeleitet werden, der auf der geschaffenen Wirklichkeitsbeschreibung und unter Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen sowie aller relevanter Akteure eine Leitbildentwicklung für die jugendgerechte Gestaltung demografischer Entwicklungen zum Gegenstand hat, ohne die Jugendlichen auf ein Steuerungs- und Planungsobjekt zu reduzieren. Schließlich folgt daraufhin ein Implementierungsprozess, im Zuge dessen die gemeinsam formulierten Ziele auf der Ebene von Maßnahmen bzw. Initiativen konzipiert und umgesetzt werden.

Insgesamt muss es gerade in ländlichen Räumen mit demografischen Verwerfungen darum gehen, eine intergenerationelle und intersektorale Dialogkultur zu etablieren, welche die Belange von Jugendlichen ernst nimmt und ihnen zur Berücksichtigung verhilft.

Aus Sicht der jugendpolitischen Akteure der lokalen Ebene sind die Bedürfnisse und Bedarfe Jugendlicher jedoch kaum im Bewusstsein politisch Handelnder außerhalb des Jugendbereichs verankert. Da die Zuständigkeit für Jugend auf verschiedenen administrativen Ebenen (Kommunal-, Kreis-, Landes- und Bundesebene) liegt, Jugendpolitik auf Langfristigkeit angelegt ist und dem politischen Denken in Legislaturperioden entgegensteht, wird Jugendpolitik ihres Erachtens nach kaum kontinuierlich verfolgt oder nur symbolisch betrieben. Durch die angespannte Haushaltslage der Untersuchungsregionen werden akuten Pflichtaufgaben (Unterbringung von Geflüchteten, Zahlung von Transferleistungen) eine deutlich höhere Priorität zugewiesen, als der deutlich unterfinanzierten Aufgabe der Jugendarbeit.

In unseren Untersuchungsregionen, in denen ja bereits Erfahrungen im Umgang mit dem Arbeitsbereich „Jugend und Demografie“ vorlagen, dominierten die durch Förderprogramme des Bundes angeregten Koordinierungs- und Konzeptentwicklungen (Land in Sicht, Lernen vor Ort, etc.).

Nach Ende der Förderphase fehlten dann aber für die Umsetzung der Strategien oftmals die benötigten eigenen Mittel, um die aufgebauten Strukturen weiterzuführen (Personal für Koordinierungsaufgaben).

Um einer Jugendgerechtigkeit in ländlichen Räumen und somit den Bedarfen und Bedürfnissen der dort lebenden Jugendlichen Rechnung zu tragen, bedarf es Richtungsvorgaben sowie langfristig angelegter Unterstützungsmaßnahmen, die zwischen Bundes-, Landes- und Kreisebene abgestimmt sind. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kann nicht von lokalen Akteuren allein bewältigt werden. Auch können einzelne Bemühungen und Leuchtturmprojekte zu keiner jugendgerechten Demografiepolitik führen. Vielmehr bedarf es neben der intersektoralen Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene, einer ebensolchen auf der Landes- und der Bundesebene. Dort sollte zusammen mit den Kreisen in einer Dialogkultur entschieden werden, wie die strukturschwachen ländlichen Regionen so gestärkt werden können, dass sie die vielfältigen akuten Herausforderungen bewältigen können und zugleich Strategien entwickeln können, um absehbaren demografischen Entwicklungen gestaltend und innovativ zu begegnen. Innovatives Handeln schreitet allerdings nicht schnell voran. Es reicht in der Regel nicht aus, eine gute Idee zu haben, sondern es bedarf langer Aushandlungsprozesse, um diese erfolgreich durch- und umsetzen zu können, denn Neues bedroht auch lang entwickelte Verwaltungsprozesse, Überzeugungen und Positionen. Grundlegend für innovatives Handeln ist es, dass die verschiedenen Akteure die Herausforderung durch Innovation lösen.

Die Bestrebungen auf der Bundesebene zeigen, dass sich Akteure zunehmend des Themas Jugend und Demografie annehmen. Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ hat die Aufgabe, die Belange junger Menschen und nachfolgender Generationen in die Demografiestrategie der Bundesregierung einzubringen. Die Koordinierungsstelle der Jugendstrategie der Bundesregierung „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“<sup>10</sup> hat es sich zum Ziel gemacht, Grundsätze und Handlungsstrategien einer Eigenständigen Jugendpolitik bundesweit zu verbreiten. Durch die Fokussierung auf die Jugendperspektive im vorliegenden Papier und durch die in Zusammenarbeit mit vielen Projektbeteiligten entstandenen Handlungsempfehlungen sollen diese Prozesse weiter angeregt werden.

Der Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen zeigt aber auch, dass demografische Veränderungen nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden können. Unsere Befragungen in den Untersuchungsregionen fanden vor dem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen des Sommers 2015 statt. Welchen Einfluss diese Entwicklung auf die demografische Lage und die Jugendpolitik in ländlichen Räumen nimmt, lässt sich aus unseren bisherigen empirischen Untersuchungen nicht ableiten. Die Integrationsleistung des ländlichen Raums wird aber sicherlich eines der zentralen Themen in der Diskussion über die demografischen Entwicklungen in ländlichen Regionen sein.

---

<sup>10</sup> Weitere Infos unter <https://www.jugendgerecht.de/ueber-uns2/>